

APO PRESS

INFORMATIONSBLATT DER STUDENTEN SCHÜLER UND
ARBEITER IN HAMBURG

Verantwortlich: Redaktionskollektiv, Trikont, Karl-Liebknecht-Institut
Arbeitskreis Sozialistische Strategie im RC. Verlag + Redaktion :
2 HH 50, Eulenstr.14, Tel. 38 21 92 , erscheint in der Regel alle 14
Tage, Abonnement bei Zustellung per Post DM 8.- pro Halbjahr, im
Voraus zu zahlen auf Postscheckkonto Hbg. M.Deter 22 9332

DIENSTAG , den 10.3.70

Nr.4/70

Einzelpreis: o.50

INHALT: Anti-Semitismus als Feind der	S.12	Der Streik der Asurischen Berg-
S.7		arbeiter
S.9		Brief aus Amman - Kunzelmann
S.11		Zur Auflösung des BV
	S.15	Geschichte der dt. Arbeiterbe-
		wegung von 1918 - 1920

Leitlinien und Statut der stu- dentischen Zelle Produktion

I. Zur Einschätzung der Studenten - Bewegung

Die Studentenrevolte hatte ihre politi-
sche Kraft aus der Identifikation mit
der vietnamesischen Revolution erhalten.
Die den Schülern und Studenten ins Be-
wußtsein eigetrichterte Ideologie der
Freiheit, Gleichheit, Humanität usw.
wurde zerstört durch die zunehmende Er-
kenntnis, daß diese bürgerlich-demokra-
tischen Werte unter den Auswirkungen der
Konzentration und Monopolisierung des
Kapitals ihre objektive Basis schon längst
verloren haben. Die Stationen dieses ma-
terialistischen Lernprozesses waren :

der Vietnamkrieg, die Springer- und Not-
standskampagnen und die eigentliche Ho-
schulrevolte. Die Bewußterdung über die
"erfallsprozeß bürgerlich-demokratische
Werte und die Artikulierung emanzipati-
ver Ansprüche des allgemeinen Menschen
gegen die bürokratischen Apparate und
die Monopole wurde nur von einem klein-
Teil der Akteure der antiautoritären
Pahse realisiert; für die Masse der Mo-
lisierten hatte die Studentenbewegung
einen defensiven Charakter gegen den V-
lust von Privilegien, mit teils kultur-
pessimistisch- anarchistischer Konse-
quenz.

Schwerpunkt dieses defensiven Charakters der Studentenrevolte war die sog. Hochschulrevolte. Die Erfahrung über den Kapitalismus wurde in der Analyse der täglichen Erfahrung "an der Basis" konkretisiert. Ansätze hierzu waren die feudalen Strukturen der Universität, die durch den anti-institutionellen Kampf aufgebrochen wurden; Agitation für Mit- und Selbstbestimmung (Organisation) in Verbindung mit Besetzungsaktionen führten zu einer raschen Mobilisierung im universitären Bereich. Spontan entstanden dezentrale, fachspezifische studentische Arbeitsgruppen, deren Politik kaum noch aufgrund gemeinsamer Reflektion und Planung aller gemacht wurde, sondern es herrschte ein irgendwie selbstverständlicher "Konsensus in Grundsatzfragen" vor, über den nie diskutiert wurde. Dieser naturwüchsige Prozeß lief über die Entwicklung der Basisgruppen-Politik weiter und wurde dort zum Teil Lernprozeß, zum Teil verließ er nicht die Ebene der Vertretung syndikalistischer Interessen.

Beginn war die Kritik an Inhalten und Vermittlungsformen universitärer Wissenschaften, Analyse der bürgerlichen Ideologie und ihre Stabilisierung durch Leistungszwänge, Aufklärung über die Funktion universitärer Ausbildung als Sozialisationsinstrument, Erkenntnis über den Zusammenhang einer umfassenden Reorganisation des Bildungssektors (technokratische Reform) und den dahinter stehenden Kapitalinteressen. Aus der Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen Universität und Gesellschaft wurde der "Kampf in allen Bereichen" abgeleitet, der sich in Hamburg materiell kaum niederschlug (etwas Lehrlingsarbeit Kinderladenprojekte).

Mit der Dezentralisierung der Politik verließ die praktische Auflösung des SDS.

Die Basisgruppen wurden formal als räte-demokratische Elemente ausgegeben, während inhaltlich das Autoritätenproblem nur verschleiert weiterbestand und zur Folge hatte, daß die SDS-Autoritäten in entscheidenden Situationen individuell-spontan die Führung übernahmen und so einmal sich inhaltlicher Kritik mit wirklichen Konsequenzen entzogen und andererseits Neuhinzugekommenen politische Qualifizierung und Emanzipation nicht ermöglichten.

Alle folgenden Aktionen (Info-Tage, Zwischenprüfungskampagnen) verließen nicht die syndikalistische Begrenzung, noch brachten die Organisationsdebatten (Kaderschulung) neue Lernprozesse hervor. Klar wurde nur, daß die dezentralisierte, nur naturwüchsig und vage ausgewiesene Basisgruppenpolitik und ad-hoc-Aktionen weder die Technokratisierung der Universität verhindern konnten noch eine längerfristige strategische Perspektive entwickeln. Von diesem Zeitpunkt an kann auch nicht mehr von der "Studentenbewegung" gesprochen werden. SS 69.

II. Der Fraktionierungsprozeß

Der abstrakt formulierte Anspruch, daß der Kampf der Studenten an der Uni nur sinnvoll ist im Rahmen eines Kampfes, der die übrige Gesellschaft einbezieht, konnte nicht konkretisiert werden. Zwar wurde die Parole von der "revolutionären Berufspraxis" aus Berlin von einigen Genossen verbal übernommen, wurde jedoch nicht in allen Basisgruppen hinreichend diskutiert und führte nicht unmittelbar zu einer veränderten Praxis. Dennoch wurde durch die Berufsperspektivendiskussion der Versuch gemacht, den Charakter der Studentenbewegung zu bestimmen und die Rolle der Intelligenz im Klassenkampf zu problematisieren.

ren. Eine weitergehende Aufarbeitung dieser Problematik und praktische Wendung wurde durch den konkreten Schritt (von uns als Fluchtversuch interpretiert) einer Gruppe (SALE-ML, VK) eingeleitet, die begann den Marxismus-Leninismus aufzuarbeiten (auf zunächst dogmatische Weise), um dann die unreflektierte Übertragung der antiautoritären Revolte auf Bereiche außerhalb der Universität (Lehrlinge, Wahlkampfaktionen) infrage zu stellen und zu unterbinden.

Die Folgen sind bekannt. Aufgrund ihrer Schulungskennntnisse nahm die ML eine Einschätzung der Studentenbewegung vor, als einer kleinbürgerlichen Defensivbewegung in der Phase einer verstärkten Kapitalisierung der Universitäten; Rückzug der ML-Studenten aus der Uni und Anspruch auf ausschließliche Arbeit im Produktionsbereich. Diese Arbeit sollte gemäß leninistischer Organisations- und Revolutionsvorstellungen Realisiert werden.

Andererseits wurden an der Universität aus Einsicht in die Schwächen der studentischen Bewegung verschiedene Versuche gemacht, organisatorische und strategische Perspektiven zu entwickeln.

Es wurde zunächst eine Anzahl richtiger Ansätze und Ansprüche formuliert, die jedoch keinen organisatorischen Zusammenhang hatten:

Zur Strategiebildung wurde Theoriebildung vorausgesetzt, die mittels einer Kapital-schulung eingeleitet werden sollte. Gleichzeitig wurde auf strategischer Ebene theorie- und praxislos eine Berufsperspektiven-diskussion angefacht. Nebenher wurde "Praxis" (Hochschulpolitik) wieder durch den AStA-Stufenplan (Primärmobilisierung, Theoriebildung durch Schulung, Strategiebildung durch Berufsperspektivendiskussion) angekurbelt, die gegen Ende des WS 69/70 in einer reformistischen Global-Kampagne (NC-Kampagne) ihren Höhepunkt fand.

Diese Versuche versickerten in autonomistischen fachspezifischen Arbeitsgruppen, abstrakt geklärten Berufsperspektiven und in sich rotierenden Kernen von zerfallenden Basisgruppen.

Der letzte Versuch einer Zentralisierung und Einleitung von Strategie-Bildung und Organisation mittels der Analyse der Kapitalisierungstendenzen speziell im Ausbildungssektor von Roth wurde auf dem Hochschulseminar des AStA im Januar 70 unternommen.

Zwar konnte die Theorie von der fortschreitenden Kapitalisierung der Wissenschaft als Rechtfertigungsideologie der Studentenbewegung und der weiteren Arbeit im Ausbildungssektor theoretisch nicht eindeutig entlarvt werden, die konkrete Diskussion ermöglichte es aber einer Gruppe (Soz./Pol., Psych.), die Bedingungen und organisatorischen Notwendigkeiten zur praktischen Funktionsbestimmung der Intelligenz im Klassenkampf einzuleiten.

III. Konsequenzen

Das Verhältnis von Theorie und Praxis war in der bisherigen Studentenbewegung zum z. größten Teil ungeklärt: Die Praxis verlief naturwüchsig und war nur von Theorieornamenten begleitet; man schwankte permanent zwischen materialistischen Erkenntnisprozessen, reformistischen Strukturverbesserungen und perspektivlosen anarchistischen Abenteuern. Der Mangel an Organisation und Theorie wurde offensichtlich.

Ganz allgemein kann in der jetzigen Situation folgendes zur Organisation und Theoriebildung festgestellt werden: Theoriebildung sollte sich für uns auf 3 Ebenen und deren Verknüpfung vollziehen:

In der Verarbeitung der Erfahrungen und theoretischen Einschätzungen der antiautoritären Phase, der Aufarbeitung der Theorie des Marxismus-Leninismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung und der

Überprüfung und Anwendung auf unsere Praxis.

Diese Theoriebildung und Praxis hat zur Voraussetzung Organisationsformen, die verbindliche Arbeit ermöglichen.

Es ist falsch zu meinen, daß auch noch zum jetzigen Zeitpunkt sich verbindliche Organisationsformen allein aus inhaltlicher, an politischen Zielen orientierter Praxis ableiten läßt. Hat bisher die naturwüchsige Entwicklung die Organisationsformen konstituiert, so muß heute ein Minimum an Organisation das konsequente Vorantreiben der Theorie und Praxis sichern. Das bedeutet konkret: Konstituierung einer Zelle, die nicht "der Projektbereich Produktion ist", sondern ihn erst organisiert. Diese Zelle knüpft an den theoretischen und praktischen Fregestellungen der jetzigen Strategie- und Organisationsdiskussionen an.

Da sich die Zelle Produktion nicht als selbständige Zelle begreifen kann, sondern ihre Stellung in der Beziehung zum Ausbildungsbereich/Produktionsbereich und gegenüber den dort arbeitenden sozialistischen Gruppen reflektieren und definieren muß, ergibt sich langfristig die Aufgabe, Stellung und Funktion im Rahmen einer noch zu entwickelnden Gesamtstrategie und der daraus abgeleiteten Hochschulstrategie und den entsprechenden Organisationen zu bestimmen.

Voraussetzungen sind:

- Eine Schulung, die das Ziel hat, die Genossen zur Teilnahme an Strategiediskussionen (Erarbeitung einer ideologischen Linie, Vorbereitung auf Auseinandersetzungen mit anderen sozialistischen Gruppen) zu befähigen, d.h. poli-ökonomische und klassenanalytische Schulung

in der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Kampforganisationen.

Das Schulungsprogramm, daß diese Berufsbildung leisten will, darf nicht zum Vokalbelbuch erstarrter "Grundkategorien" verkommen.

- Eine Mitarbeit an der Klassenanalyse, die es ermöglicht, die abstrakte Berufsperspektivendiskussion zu verlassen, d. h. praktische Arbeit im Produktionsbereich, um festzustellen welche wissenschaftlichen Qualifikationen zur Organisation des Proletariats nutzbar sind. Dieses bedeutet nicht Beschränkung auf analytische Hilfsarbeit, sondern schließliche aktive Teilnahme an der Betriebsarbeit ein.

- Diese praktische Mitarbeit würde gleichzeitig der Theoriebildung dienen, durch Verarbeitung der neuen Erfahrung; bei gleichzeitiger Verarbeitung der Diskussionen im nationalen und internationalen Rahmen (linke Blätter).

- Diese praxisbezogene Theoriebildung muß rückvermittelt werden an die Hochschule durch

- + Propaganda über den proletarischen Kampf (Berichte über Streiks usw.) um die Ausrichtung auf den Produktionsbereich einzuleiten,

- + Einbringen einer praktischen Wissenschaftskritik (praktische analytische Arbeit für den prol. Bereich Berufsperspektivendiskussion aufgrund der Tätigkeit im Produktionsbereich).

Diese Vermittlung ist von den noch bestehenden, bzw. neu zu organisierenden fachspezifischen Basisgruppen zu leisten.

Vorarbeit, die schon in Angriff genommen wurde:

- Wöchentliche Schulung, die sich an Berliner Vorschlägen orientiert (Ml, Rotzeg) aber sich permanent der Reflexion der oben genannten Ziele unterwirft;
- Kontakt zu Gruppen im Produktionsbereich, da nur in Zusammenarbeit mit diesen Gruppen die Klassenanalyse geleistet werden kann; denn vorläufig fehlen uns Studenten die Voraussetzungen für diese aktive (Subjekt und Objekt verändernde) Untersuchungstätigkeit. Unsere Positionsbestimmung zu diesen Gruppen kann nur vorläufig sein, d. h. aufgrund unserer bisherigen theoretischen und praktischen Erfahrungen. So sind mittels Analyse dieser Gruppen Arbeitshypothesen gebildet worden, die in der praktischen Zusammenarbeit kontrolliert werden und uns neue Entscheidungen ermöglichen.
- Die Untersuchungsziele werden von den Anforderungen dieser Gruppen einerseits bestimmt, andererseits auf Grundlage unserer eigenen Einschätzungsmöglichkeiten; eine grobe Analyse des Hamburger Wirtschaftsraumes ist begonnen worden.
- Das Verhältnis zur eigenen Wissenschaft (Hochschulpolitik) ist bisher nur bei den Soziologen umfassender geklärt. Hier wird ein konkretes Programm für die Vermittlung dieser Wissenschaft zur ihrer späteren Verwertung und der Revolutionierungsmöglichkeit entwickelt. Im wesentlichen zielt es ab auf eine Auseinandersetzung mit den ideologischen Inhalten und Methoden dieser Wissenschaften, Herauslösung von brauchbaren Wissenschaftsmethoden und -inhalten für die oben angegebene analytische Arbeit, Organisation der praktischen Berufsperspektive für Sozialkundeführer, Rekrutierung von Genossen für den Projektbereich Produktion.

Bis hierher ist die Diskussion fortgeschritten; kennzeichnend für die Entwicklung im Projektbereich seit dem ersten Treffen ist, daß bestimmte hypothetisch formulierte Ansprüche und Aufgaben erst in der konkreten Arbeit ihre Widersprüchlichkeiten zeigten und eine Konkretisierung der oben nur grob formulierten Ziele ermöglichte.

STATUT

Dieses Statut kann nur die momentan erforderlichen minimalen Verbindlichkeiten der Mitgliedschaft und Entscheidungsinstanzen kodifizieren.

Die "Zelle Produktion" organisiert den Produktionsbereich Produktion, der die universitäre Grundeinheit sämtlicher den Produktionsbereich tangierenden Studienrichtungen (Herrschaftswissenschaften und techn. naturwissenschaftliche Fächer) für eine anzustrebende revolutionäre Organisation bilden soll.

1. Mitgliedschaft:

a) Aufnahmebedingung

- Mitglied der "Zelle Produktion" wird man auf Vorschlag bisheriger Mitglieder. Der Vorschlag muß durch einfachen Mehrheitsbeschluß des Plenums bestätigt werden. Der Vollmitgliedschaft geht eine 4-wöchige Kandidatenschaft voraus. Der Kandidat ist zur Übernahme von zwei Hauptaufgaben (Schulung, Untersuchungstätigkeit, Institutspolitik) verpflichtet, hat in allen Gremien Rederecht, aber kein Stimmrecht. Durch erneute positive Abstimmung und durch Übernahme der Leitlinien und Statut wird der Kandidat Vollmitglied.

b) Aufgaben

- Teilnahme an der Schulung
- Teilnahme an der Untersuchungsarbeit
- Teilnahme an der Institutspolitik
- Teilnahme am Plenum
- Übernahme von Routineaufgaben (Protokollführung usw.)

c) Ausschlußbedingungen

Der Antrag auf Ausschluß kann nach dreimaligen Verstößen gestellt werden. Der Ausschließende ist zu hören. Ausschluß erfolgt mit einfacher Mehrheit des Plenums.

Verstöße sind:

- Nichtteilnahme bzw. Nichtausführung übernommener Aufgaben
- Verstöße gegen Mehrheitsbeschlüsse

2. Entscheidungsinstanzen und Gremien

a) Plenum der "Zelle Produktion"

- es tagt wöchentlich
- es diskutiert und kontrolliert die Aufgabenbereiche
- es führt die Strategiediskussion
- es ist oberstes Entscheidungsorgan und entscheidet mit einfacher Mehrheit

b) Arbeitsgruppen bzw. -bereiche

- Schulungsgruppen: entwickeln eine Grund und Intensivschulung, übernehmen Schulungsaufgaben im Produktions- und Hochschulbereich, fällen in ihren Angelegenheiten Vorentscheidungen, die vom Plenum bestätigt werden müssen.
- Untersuchungsgruppen: entwickeln in Zusammenarbeit mit Gruppen aus dem Produktionsbereich Untersuchungsziele und -methoden, beteiligen sich an der praktischen Untersuchungstätigkeit, reflektieren dabei den Zusammenhang von Schulung, Untersuchungstätigkeit und Institutspolitik.
- Institutgruppen: werden - soweit nicht vorhanden - Basisgruppen organisieren,

die die Vermittlung der Projektarbeit mit ihren fachspezifischen Wissenschaften zu leisten haben (z.B. über Schulung, Wissenschaftskritik, Organisation der Berufsperspektivendiskussion) mit dem Ziel

- + Herausbrechen und Qualifizierung einzelner politisierter Genossen für die außeruniversitäre Praxis (Arbeit im Projektbereich)
- + Neutralisierung der Masse der Studenten durch Ideologiekritik der Wissenschaften in den einzelnen Seminaren.
- + Gezielte Schaffung von Studiene erleichterungen für die arbeitenden Genossen.
- + Längerfristig: Veränderung der Lehrinhalte und des Lehrplans zur Unterstützung der Arbeit im Projektbereich mittels noch zu schaffender adäquater Instrumente (z.B. autonomer Seminare).

- Die Basisgruppen sind vorläufig noch weitgehend autonom, so daß die Genossen aus der "Zelle Produktion" als informelle Kader in den Basisgruppen arbeiten. Die politische Linie, die sie in den Basisgruppen vertreten, bestimmt sich vom Plenum der "Zelle Produktion".

- c) Die Sitzungen des Plenums und der Untersuchungsgruppen sind nicht öffentlich. Durch Mehrheitsbeschluß können, soweit es die Arbeit erforderlich macht, Kontaktpersonen teilnehmen.
- d) Das Plenum ist verpflichtet im Rahmen seiner Bezugsgruppen Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.
- e) Statutsänderungsvorschläge und politisch relevante Beschlüsse müssen 3 Tage vor Entscheidung den Mitglieder bekannt gemacht werden.

Kontaktadresse:

M. Schubert, 2 HH 13, Hochallee 21, Tel.:
410 4961

Anti-Semitismus als Feind der Palästinensischen Revolution

Redaktioneller Vorspann

Mit dem folgenden Artikel beginnt die Trikont-Gruppe, Hamburg (Palästina-Komitee) mit der Veröffentlichung einer Reihe von Beiträgen, die sie als vorläufige Ergebnisse ihrer Arbeit zur Diskussion stellen will. Die Beiträge werden sich mit der sozio-ökonomischen Struktur und den Entwicklungstendenzen der Ökonomie Palästinas zunächst bis zur Staatsgründung Israels befassen. Dabei wird der Schwerpunkt der Betrachtungen auf den Einfluß der politischen und ökonomischen Maßnahmen gelegt, welcher sich der Zionismus bei der Zurückdrängung der arabischen Wirtschaft, sowie beim Aufbau einer eigenen - zionistischen - bediente. Später soll die israelische Wirtschaft (d.h., die zionistische Wirtschaft nach der Staatsgründung) näher untersucht werden. Eine Analyse ihrer Widersprüche und ihrer Tendenzen soll dann zu einer Betrachtung der Wirtschaftskrise von 1966 und dem unmittelbar damit in engem Zusammenhang stehen den Juni-Krieg führen.

Schließlich werden einige Überlegungen zu der den Juni-Ereignissen folgenden Entwicklung der palästinensischen Revolution angestellt.

Ziel der Artikelserie ist es - soweit das in diesem Rahmen möglich ist - den Genossen eine erste informatorische Grundlage zu verschaffen, die nur Voraussetzung für eine bewußte Praxis sein kann.

Israel ist wesentlich ein Staat für Juden. Konzeption und Rechtfertigung dieses Staates als Zufluchtstätte aller in der Diaspora verstreuten Juden setzen dort deren Verfolgung voraus. Die Unfähigkeit jener "gastgebenden" Gesellschaften, die Menschen jüdischen Glaubens zu integrieren, ist also letzte Ursache für den Exodus nach Palästina, und damit für den wesentlich expansiven Charakter Israels.

Die Auseinandersetzung mit den von der bürgerlichen Presse als "Nah-Ost-Konflikt" bezeichneten Prozessen muß danach mit einer revolutionären Auseinandersetzung mit unserer eigenen Gesellschaft beginnen. Die Ursachen für den Antisemitismus bürgerlicher Gesellschaften vom Typus Schweiz, Westdeutschland, etc. müssen analysiert werden.

Die herrschenden Klassen antagonistischer Gesellschaften tun alles, um die herrschenden Verhältnisse weiterhin als Verhältnisse der Herrschenden zu belassen. Die Herrschenden verschleiern die wahren Ursachen des Elends der von ihnen Unterdrückten. Sie verweigern jenen eine ausreichende ERZIEHUNG, damit sie diesen Ursachen nicht auf den Grund kommen können. Sie zwingen sie zu disziplinierter Arbeit oder kontrollierter Freiheit, damit sie nicht die Masse haben, es zu tun.

Auf der von ihr geschaffenen Unkenntnis der Massen fussend, baut die herrschende Klasse eine Minderheit als für das Elend jener verantwortlichen Gruppe auf. Damit wird die Energie des Klassenhasses der Unterdrückten von den Unterdrückern abgezogen und auf die - wehrlose - Minderheit gerichtet, die ihrerseits Teil der Unterdrückten ist, was die revolutionäre Kraft jener noch weiter schwächt. Die Unterdrückter - nicht länger angegriffen, können jetzt die Rolle des allmächtigen Be-

schützers der Unterdrückten übernehmen, der sie im Kampf gegen den verhaßten - vermeintlichen - Feind organisiert und führt. Da dieser wehrlos ist, bleibt der Erfolg nicht versagt. So wird der Freund zum Feind und der Feind zum geliebten Retter. Die Unterdrückten identifizieren sich mit den Unterdrückern in dem Maße, indem jenen die Unterdrückung der Minderheit gelingt. Der Unterdrückten erscheint die Unterdrückung anderer Unterdrückter durch die gemeinsamen Unterdrücker als Lösung ihrer sozialen Last, die totale Vernichtung jener - die Endlösung - als Lust, denn sie bedeutet die vollkommene Befreiung. Die Minderheit hat drei Möglichkeiten, sich zu retten: Sich total anpassen, die Gesellschaft verlassen und den revolutionären Kampf aufnehmen, um die Bedingungen des sich verschärfenden Klassenkampfes worauf die radikalisierte Minderheiten - hetze als Reaktion der Herrschenden zu verstehen ist, zu beschleunigen. Ist die Minderheit rassistisch bestimmt (Hautfarbe, Form der Nase, etc.), entfällt die erste Möglichkeit.

Die den Klassenkampf neutralisierende Funktion ist also die Aufgabe der verfolgten Minderheiten in den bürgerlichen Gesellschaften. Diese Funktion der Minderheiten auf NATIONALER Ebene erfüllt der Staat Israel auf INTERNATIONALER Ebene.

Die Staatsgründung Israels erfolgte in einem historischen Augenblick, in dem die Welt, unter dem unmittelbaren Eindruck der faschistischen Vernichtungslager stand, deren Tore sich gerade geöffnet hatten.

Israel erschien als Refugium der in aller Welt verfolgten Juden. In diesem Sinn muß der Terror des Dritten Reiches als ein Geburtshelfer Israels betrachtet werden.

SIND WIR DIE PREUBEN DES ORIENTS? (von Uri AVNERY) +)

Auf dem Höhepunkt des Sechs-Tage-Krieges wurde ein deutscher Journalist, der für eine Münchener Zeitung über den Krieg Bericht erstattete, von seinem Redakteur angerufen. "Wird unsere Armee siegen?" fragte der Redakteur besorgt.

Diese kleine Episode war nur eine von vielen, die zeigten, wie stark sich viele Deutsche während des Krieges mit der israelischen Armee identifizierten. Kein anderes Volk der Welt scheint ähnlich empfunden zu haben. Das läßt sich natürlich weitgehend durch das Schuldgefühl vieler guter Menschen in Deutschland erklären. Vor ihnen stand das Gespenst einer neuen Massenvernichtung, der auch noch diejenigen, die Hitlers Todesfabriken entronnen waren, zum Opfer fallen würden. Doch ich glaube, daß das nur die halbe Antwort ist. Auffallend war, daß einige der Deutschen, die sich so stark mit unserer Armee identifizierten deutsche Militaristen waren, denen nicht gerade eine ausgesprochen antinazistische Haltung nachgesagt wurde. Es muß, abgesehen von allem übrigen, ein eigenartiges Gefühl der Verwandtschaft bestanden haben, das weit hinter die Nazi-Epoche zurückreicht.

+) U. Avnery, Israel ohne Zionisten, Gütersloh, 1969, S. 223. U.a. bekannt als der "Augstein Israels" ist Herausgeber der Zeitschrift "Ha'olam Hazeh" (Die Welt). Er ist Mitglied der Knesset, dem israelischen Parlament. (Forderung nach Aufgabe des zionistischen Anspruches und Gründung einer "Semitischen (d.h. arabisch-jüdischen) Föderation). Avnery ist Gegner der einzigen sozialrevolutionären Organisation Israels, der Matz-Pen.

Dieses traumatische Erlebnis vor Augen, mußte die bewaffnete Reaktion der Araber auf die Staatsgründung als FORTSETZUNG des Terrors erscheinen. Der gemeinsame Kampf gegen diese vorrangige Bedrohung nivelliert alle Klassengegensätze im Innern der israelischen Gesellschaft. Nun funktionieren die arabischen Palästinenser als Juden der Juden.

Andererseits glauben sich die vormaligen Henker der Juden in den Arabern wiederzuerkennen, denn diese bekämpfen den gleichen Feind. Gegen diesen gerichtete Aggressionen sind heute allerdings tabu und wecken gleichermassen unangenehme wie strafrechtlich gefährliche Erinnerungen. Da trifft es sich gut, daß das ehemalige Opfer sich heute derselben Mechanik und derselben Methoden bedient, wie sie seinerzeit sein Henker ihm gegenüber angewandte. Die zweckmäßige Identifikation gelingt vollkommen.

So ganz nebenbei ist man bei diesem Geschäft natürlich trotzdem die Juden losgeworden (was ja das ursprüngliche Ziel war) , hat aber diesmal den Vorteil eines "ruhigen Gewissens". Daß die Unterstützung des "Israel den verfolgten Juden" ihrem Inhalt nach nichts anderes ist als der Ausdruck der eigenen rassistischen Apartheid-Politik, wird übersehen.

Umgekehrt ermöglicht die Existenz des Staates Israel den reaktionären Kräften der arabischen Staaten sich desselben Mechanismus zu bedienen, um den berechtigten Klassenhaß der im Elend gehaltenen arabischen Massen zu steuern. Hier offenbart sich objektive Komplizenbereitschaft der herrschenden Cliquen Israels mit denjenigen der arabischen Staaten : Beide brauchen den Haß aufeinander.

Außer den israelischen und arabischen Bourgeoisien profitieren vor allem diejenigen imperialistischen Mächte von der Existenz Israels, die strategische und ökonomische Interessen in dieser Region haben. Solange die einzelnen Staaten ihre nationale Kraft in gegenseitigen Kämpfen (wie im Falle des Jemen) erschöpfen, kämpfen sie nicht gegen imperialistische Ausbeutung und militärische Bevormundung. Zu diesem Zweck wurden sie geschaffen. Auch der Staat Israel soll die anti - imperialistischen Kräfte jedes einzelnen arabischen Staates sowie der Summe von ihnen binden. Hier aber wird die Dialektik von Vielfalt und Einheit revolutionär : Das divide et impera des Imperialismus schafft - will es überleben - einen Kristallisationspunkt - Israel - über den die zur Unterwerfung erzeugte Vielfalt der arabischen Staaten wieder zur Einheit findet.

Autorenkollektiv der
Trikont Hamburg
(Palästinakomitee)

BRIEF AUS AMMAN

Wie allgemein bekannt, hält sich der Genosse D.Kunzelmann seit einiger Zeit bei den Guerillas der AL FATAH auf. Er hat das konkrete Studium des bewaffneten Aufstandes einer mehrjährigen Gefängnisstrafe vorgezogen. Die Genossin, mit der D.K. noch in Verbindung steht, übergibt seine Briefe freundlicherweise 883 exklusiv zur Veröffentlichung.

Amman, Mitte November 69

Liebe M.

Hier ist alles ehr einfach. Der Feind ist deutlich. Seine Waffen sind sichtbar.

Solidarität braucht nicht gefordert zu werden. Sie entsteht von selbst. Ich habe hier zum erstenmal begriffen, was es heißt, daß Menschen sich im "langandauernden Volksbefreiungskampf" revolutionär verändern. Diese revolutionäre Veränderung jedes Einzelnen ist es, die verhindert, daß nach dem bewaffneten Aufstand wieder Herrschaftsstrukturen aufgerichtet werden. In dem Moment, in dem sich ein Palästinenser der AL FATAH anschließt, beginnt eine ganz persönliche Entwicklung. Er lernt nicht nur schießen, springen und rennen. Er lernt seine Geschichte und seine Situation kennen und die Möglichkeit, sie zu verändern. Er begreift sein Handeln zum erstenmal nicht mehr subjektiv. Sein revolutionäres Selbstbewußtsein wächst täglich. Über 20 Jahre lang herrschten in den Flüchtlingslagern egoistische Interessen vor. Familieninteressen, materielle Interessen. Die Menschen in ihrer aussichtslosen Lage waren sich trotz des gemeinsamen Elends feindlich. In dem Augenblick, in dem sie die Chance sahen, einzugreifen in das, was mit ihnen passiert, als sie ihre Möglichkeiten entdeckten, als sie begriffen, daß sie nichts mehr zu verlieren und alles zu gewinnen hatten, konnte etwas Neues anfangen. Was alles hier so einfach macht, ist der Kampf. Wenn wir den Kampf nicht aufnehmen, sind wir verloren. Diese Erkenntnis ist hier sehr konkret. Unsere Erkenntnis ist dieselbe. Ich meine nicht, uns mit dem Kampf der Palästinenser nicht zu identifizieren. Mir haben die Israelis nicht das Haus weggesprengt. Ich bin nicht im Flüchtlingslager geboren. Mir ist eines fest : Palestina ist für die ARD und Europa das, was für die Amis Vietnam ist. Die Linken haben das noch

nicht begriffen. Warum ? Der Judehknax. "Wir haben 6 Millionen Juden vergast. Die Juden heißen heute Israelis. Wer den Faschismus bekämpft, ist für Israel." So einfach ist das, und doch stimmt es hinten und vorne nicht. Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie "Zionismus" zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit AL FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von gestern und heute und seine Folgen aufgenommen hat. Was heißt Solidarität ? UNSEREN KAMPF AUFNEHMEN!

Alles, was wir über die sogenannte Gegengesellschaft erreichen wollten, ist ständig in Gefahr, kaputtzugehen. Weil wir vergessen haben, daß "gegen" etwas mit "Gegner" zu tun hat. Und Gegener etwas mit "Kampf". Ohne Kampf versacken wir im liberalen Morast, der sich in unserer Gegengesellschaft breit macht. Wir lassen uns akzeptieren und werden Großmuftis, Kleinmuftis oder bleiben die Bananenbieger, die wir waren. Und je mehr unser Mut schwindet, desto mehr setzen wir unsere impotenten Hoffnungen auf die Gewalt des Proletariats. Oder wir rationalisieren unsere armseligen Karrieren als Idole der Subkultur. Warum müssen wir denn in "883" eine Anzeige machen, daß mal einer dem Karl in den Knast schreibt ? Das Zuschlagen unseres gemeinsamen Feindes schafft noch keine Solidarität. Wir befinden uns noch im Flüchtlingslager. Wir richten uns noch gegeneinander. Gegen die Schwachteiligen, die Viecher, die Genossen Abweichler. Warum ? Weil wir den Feind nicht erkennen. Unsere Aufgabe ist, den Feind wieder sichtbar zu machen. Bei uns entlarvt sich die Gewalt vorläufig nicht mit Napalm und Maschinengewehren. Sie versteckt sich hin-

ter Fernsehkommentaren, Leitartikeln, Tegel und Moabit. Teilamnestie, Leserbriefen Besserungsanstalten, Haschlegalisierung, Universitätsreform, Fürsorgemaßnahmen. Wir müssen die Gewalt sichtbar machen. Wir müssen dafür sorgen, daß eindeutig Stellung genommen wird.

Daß die Politmasken vom Palestina-Komitee die Bombenchance nicht genutzt haben, um eine Kampagne zu straten, zeigt nur ihr rein theoretisches Verhältnis zu politischer Arbeit und die Vorherrschaft des Judenkomplexes bei allen Fragestellungen. Die Reaktion von GUPS zeigt deutlich ihre Situation: unerwünschte Ausländer. Ihr Platz ist an der Front in Palästina. Aber noch können sie nicht hierher, weil es keine Gruppe gibt in Deutschland, die ihre Arbeit übernommen hätte. Das heißt: wir müssen diese Arbeit sofort in die Hand nehmen. In das Stadium der spontanen Aktion ohne ausreichende Vermittlung dürfen wir nicht mehr zurückfallen. Unsere Existenzformen werden sich durch den Kampf bestimmen. Gasparigeschichten werden von allein aufhören, daraus können wir lernen. Die Bombenleger scheinen etwas weiter zu sein, sonst wären sie auch schon weg vom großen Fenster.

Wichtig ist: das Gelände gut kennen. Berlin gehört schon uns. Wir sind die einzigen, die sich darin bewegen, der Rest vegetiert und starrt auf den Mond. Den Vorsprung können wir nutzen. Anders hat unsere Gegengesellschaft keinen Sinn mehr. Sie muß die Basis werden, in der wir uns bewegen können. Überflüssige Kontakte werden von allein aufhören.

WIR WERDEN ENGER ZUSAMMENRÜCKEN!

Grüße an alle anderen.

Schickt mir weiter alles Material, besonders Tupamaros.

D.

SDS - BUNDESVORSTAND Ffm, 3.3.70

Liebe Genossen,

für Samstag den 21. März 12.00 Uhr, berufen wir nach Frankfurt, Kolbheim, Beethovenplatz 4

eine SDS- öffentliche Bundesvorstandssitzung ein.

Zur Entscheidung steht die Frage, der BV-Auflösung; sie ist nur im Rahmen einer allgemeinen Organisationsdebatte, die eine Analyse der SDS-Entwicklung einschließt, zu klären. Es werden dazu gegenwärtig einzelne Entwürfe formuliert, die Ende der Woche verschickt werden sollen. In mehreren Städten ist die Problematik schon aufgeworfen worden, soweit sich eine Diskussionsebene mehr oder weniger formell ergab. Diejenigen Genossen und Gruppen, die den Anlaß nicht bloß als naturgeschichtlichen Abschluß einer Organisationsentwicklung auffassen, sondern als politisches Problem zukünftiger Organisationsfragen, werden in der Zwischenzeit die Diskussion in ihrem Arbeitszusammenhang so vorbereiten müssen, daß sich in Frankfurt nicht nur die konfuse Wiederholung von Einzelheiten plus abstrakten Standpunkten ereignet.

Für schriftliche Beiträge wäre es gut, wenn sie vervielfältigt mitgebracht würden.

Mit sozialistischen Grüßen

BV

PS. Da das Büro zuzeit wegen Kündigung geräumt werden mußte und zumindest vorläufig keine andere Adresse vorhanden ist, geben wir folgende Privatnummer an: Steffen/Büning 0611/ 771260; Knapp 726988; F. Wolff 728828

DER STREIK DER ASTURISCHEN BERGARBEITER

Unsere Genossen der "Communes Revolutionnaires d'Action Socialiste" (CRAS), die zum Komitee der Arbeitersolidarität Asturiens gehören, zusammen mit der UGT, der CNT und der USO, haben uns das folgende Dokument geschickt, das zur Zeit in Spanien verteilt wird und in dem die Ursachen des Generalstreiks der asturischen Bergarbeiter dargelegt werden.

" LA BATALLA "

Ein Konflikt , der uns alle angeht

Scheinbar ist der gegenwärtige Konflikt auf den Kohlebergbau begrenzt; in Wirklichkeit geht er direkt alle Arbeiter Asturiens an.

Die Regierungssprecher wollen uns glauben machen, die Bergarbeiter hätten überhaupt keinen Grund zu streiken. Die Realität sieht ganz anders aus.

a) Unmittelbare Forderungen

von Anfang an haben die streikenden Arbeiter folgende Fragen aufgegriffen :

- die Höhe der Jahresprämie
- die wiederholt gestellten und nicht erfüllten Forderungen der Untertagearbeiter
- das Problem der Sozialversicherung

Zur Durchsetzung der vorangestellten Forderungen grierfen die Arbeiter grierfen die Arbeiter schließlich die Führung des verstaatlichten Betriebes HUNOSA an, in dem sie forderten, daß direkte Verhandlungen stattfinden und daß die Direktion die Tarifabkommen mit Vertretern der Arbeiter diskutiert, die direkt von Versammlungen aller Minen gewählt werden.

b) Tiefere Ursachen

Tatsächlich überschreitet die eigentliche Richtung der Bewegung diesen Rahmen bei weitem, denn das, was die Arbeiter zur Diskussion stellen, selbst wenn sie es nicht klar formulieren, ist der Prozeß der industriellen Umstrukturierung, in dem sich die asturische Region befindet.

Der Bergbau hat jahrelang Millionenprofite produziert (besonders im Lauf der Jahre 1940 - 60, als er sehr bedeutende Subventionen erhielt). Aber diese Millionen wurden nicht wieder in die Minen investiert, sondern ganz schlicht von den asturischen Kapitalisten eingesteckt, die auch nicht eine Peseta geopfert haben, um ernsthaft die Produktion zu modernisieren. Daher kommt die Krise im Bergbau zu Beginn der sechziger Jahre (unrationelle Förderung sowohl, was das Ausmaß betrifft als auch, was das Verfahren der Förderung betrifft).

So kommt es, daß die asturische Bourgeoisie, aufgeschreckt durch die Streiks der Jahre 62,63 und 64, in diesem Jahrzehnt einen Plan zur industriellen Umstrukturierung der Provinz vorbereitet, der vorsieht, den defizitären Bergbau an den Staat zu transferieren (eine Maßnahme, die erlaubt, daß die Verluste "sozialisiert" werden) und sich ihrerseits bequem in den modernen Industriezweigen zu installieren.

Bis 1966 waren der Bergbau und die Stahlindustrie Asturiens in denselben Händen konzentriert : "Duro Felguera", "Fabrica de Mieres" und "S.I. Asturiana Santa Barbara", oder , was auf dasselbe hinausläuft : der Comte^{de} Mieres, der Marquis de Bolarque und der Comte de Santa Barbara

Lugones, bzw. die Banque Espagnole de Crédit, die Banque Urquijo und die Banque de Bilbao, das heißt, also, das nationale Monopolkapital. Aber im Moment der Umstrukturierung tritt das asturische Kapital den defizitären Industriezweig, den Bergbau, ab an den Staat (die HUNOSA) und behält die Kontrolle über den fortgeschrittenen Industriezweig, die Stahlindustrie (UNINSA) und damit die eigentliche Milchkuh : die verarbeitende Industrie (Kokereien, Stahlger stbau, Maschinenbau etc.).

Nachdem diese Umstrukturierung unter Dach und Fach ist, orientiert sich die asturische Bourgeoisie nach dem internationalen Monopolkapital, um die Rentabilität seiner Unternehmen zu sichern und um besser seine Klasseninteressen zu sch tzen.

Der Prozeß der zunehmenden Abhängigkeit von der ausländischen Technik, der bereits mit der Gründung der INSIDESA (die Hochöfen und die Stahlkochereien dieses Unternehmens sind amerikanisch) begann, verstärkt sich seit der Gründung der UNINSA, deren Installation von den Deutschen geplant und ausgeführt wurde.

So haben wir zwei wichtige Fakten für Asturien und die Interessen der ausgebeuteten Klasse :

a) auf der einen Seite gibt es 33.000 Familien, die vom Bergbau leben und feststellen müssen, daß man ihren Interessen in keiner Weise Rechnung trägt, denn die Lösung des Kohleproblems wurde nicht mit der Entwicklung der Stahlindustrie verknüpft. Tatsächlich sind die Hochöfen der beiden Hauptunternehmen, der ENSIDESA und der UNINSA, die von

ausländischen Firmen gebaut wurden, nicht für die asturische Kohle gedacht, sondern für die amerikanische und deutsche Kohle, weil der Koks, der am besten für ihren Betrieb geeignet ist, aus deutschen und amerikanischen Kohlen gewonnen wird und aus asturischen. Das ist der Grund für die Einfuhren. Diese Abhängigkeit hat übrigens einen solchen Grad erreicht, daß die Regierung der Metallindustrie vorschreiben mußte, ein Minimum an asturischer Kohle zu benutzen, nämlich 50 % ihres Verbrauchs.

So hat man nicht nur die Arbeitsplätze der Bergarbeiter, sondern auch den Wohlstand des Landes in Gefahr gebracht.

b) auf der anderen Seite ist die Entwicklung Asturiens seither eng verknüpft mit den Klasseninteressen des internationalen Monopolkapitals, und inwiderauffbar abhängig von der ausländischen Technik. Das gibt dem Kampf der Arbeiter eine neue Dimension und gestaltet ihn noch schwieriger.

Fügen wir hinzu, daß die Umstrukturierung sich in anarchistischer und nicht geplanter Form vollzieht, und daß wir, die Arbeiter, in totaler Unkenntnis gelassen werden. Wir wissen nicht, wie die UNINSA vorhat, die Werktätigen von Miereres und La Felguera nach Gijon umzusiedeln; wir wissen nicht, ob man die Wohnungsprobleme gelöst hat, die sich durch diese Umsiedlung stellen, unter welchen Lohnbedingungen man die Umsiedlung in ein Gebiet, in dem die Preise höher sind, - besonders, was Lebensmittel und Bekleidung betrifft - vornehmen wird; wir wissen nicht, wie sich die Umstrukturierung im Bergbau, die noch garnicht wirklich begonnen hat, aus-

wirken wird : Wie viele Zechen wird man schließen, und auf welche Weise ? Wie viele Bergarbeiter wird man entlassen ? Was hat man für ihre berufliche Wiedereingliederung unternommen ? u.s.w.

Was die Projekte zur Industrialisierung des Gebietes betrifft, so wissen wir darüber nicht mehr, obwohl wir es doch sind, die einzige Arbeitermacht, die den Lebensnerv der Entwicklung bilden.

Unsere Folgerungen :

- 1) Die Tragweite des gegenwärtigen Kampfes der asturischen Bergarbeiter ist bei weitem größer, als man es auf den ersten Blick vermutet; dieser Kampf geht uns alle an, asturische Arbeiter !
- 2) Dies ist eine Gelegenheit für uns, unsere Kraft zu verteidigen und unsere Forderungen durchzusetzen, indem wir die Machtverhältnisse, die im Augenblick der Bourgeoisie nützen, ändern und indem wir die stählernen Fesseln des faschistischen Syndikats sprengen.

Die Kampf kann endgültig die Arbeiterbewegung festigen und sie zur einzigen Macht machen, die fähig ist, die Bourgeoisie auf dem Feld des Klassenkampfes zu schlagen.

Die Umstände können nicht günstiger sein. Die Betriebe der Stahlindustrie sind durch den Streik in den Bergwerken überrascht worden, und sie können nur 300.000 t ausländische Kohle beziehen. (Die Kokereien der ENSIDESA liegen still oder arbeiten nur zum Teil.) es gibt keine Kohle auf den Halden mehr. Einige Betriebe (Duro Felguera, Talleres de

Moreda), die mit der UNINSA Verträge geschlossen haben, stellen fest, daß sich die Lieferfristen der UNINSA verlängern werden; eine Arbeitsniederlegung in diesen Betrieben würde der Bewegung neuen Impuls geben und große Möglichkeiten eröffnen. Nach zwei Jahren der Blockierung von Lohnerhöhungen beginnen jetzt die Diskussionen über die Tarife wieder. Wenn wir isoliert vorgehen, werden wir nichts erreichen. In einem Klima des Kampfes und der Arbeitersolidarität während der Diskussion um die Tarife werden wir dagegen unsere Forderungen durchsetzen können.

Das ist die Situation. Wir werden nicht oft eine solche Situation wiederfinden. Es liegt jetzt an uns, aus dieser Lage das beste zu machen.

EINHEIT UND SOLIDARITÄT DER ARBEITERKLASSE !

Asturien, im Januar 1970

Beilage zur Nr.172 von "LA BATALLA" - Paris (11e), Rue de Charonne 74

Der folgende Teil

des Artikels "Zum Verhältnis von Avantgarde und Masse bei Rosa Luxemburg und Karl Leibknecht" sollte den ersten Abschnitt des Teils II bilden. Da dieser Abschnitt erst nach Redaktionsschluß der letzten Nummer fertiggestellt war, drucken wir ihn erst in dieser Nummer ab.

- Die Red.-

Kiel In Januar 1918 ereigneten sich ausgehend von Berlin in ganz Deutschland Soldaatenstreiks des kriegsbedingtesten Streiks. Während des Krieges, die bis in die Organisation der Arbeiterbewegung und dem sozialistischen Bewusstsein einfließen und die Generalstreiks der Novemberrevolution gelten. Ausgelöst wurden sie durch die Friedensverhandlungen in Brüssel-Lüttich, deren die vorläufige Entscheidung in Österreich-Jugoslawien und durch die Forderung der Arbeiter, welche in immer eine ungeheure Friedensbewegung hervorbrachte.

Die Agitation zum Streik geschah durch die persönlichen Kontakte der revolutionären Obleute in ihren Betrieben und durch die illegale Flugblätter des Spartakusbundes. Die Streiks begannen in Berlin, wo eine Versammlung von 414 Versammlungsmitgliedern vorschlug eine Streikleitung von 11 Personen wählte. In die Streikleitung wurden je drei Vertreter der USPD und der SPD (Braun, Ebert, Scheidemann) entsandt, um die politischen Ziele des Streiks zu konkretisieren. (Ebert sah in einem späteren Ehrengerichtsverfahren er sei nur in die Streikleitung eingetreten, um den Streik zum schnellsten Abschluss zu bringen.) Der Streik breitete sich spontan über das ganze Reich aus, überall entstanden Vorläufer der späteren Räteorganisationen. Erst durch erheblichen Druck, militärischen, Massenverhaftungen, Zwangsrekrutierungen, gelang es, den Streik zu beenden.

Für die spätere Situation sind folgende Tatsachen charakteristisch:

1. Die spontane Ausbreitung der Streiks von Österreich nach Leipzig und von da aus in staatliche Grossstädte,
2. Spontane Selbstorganisation mittels Vertrauensleute, Streikkomitees und Räteorgane;
3. Unpolitische Forderungen nach Lebensmitteln, Frieden und Demokratisierung, weder Absicht des Kaisers, sozialistische Republik noch Sozialisierung der Betriebe;
4. Anknüpfung über die Streikleiter, deshalb Übernahme von Parteiverantwortung in die Streikleitung;
5. Forderung der SPD nach parlamentarischer Besetzung der Exekutivorgane, Demokratisierung und Abbeugung der Streiks.

- 15 -

Kiel Trotz Verhaftungen und Verboten konnten sich die Räteorganisationen an einigen Orten behaupten (Berlin, Stuttgart, Braunschweig, Kiel, Hamburg). Durch die Rückmeldung an der Front und die Bestrafung der revolutionären Arbeiterführer mit Militärdienst hatte sich die "Moral der Truppe" bis November 1918 erheblich verschlechtert, gleichzeitig wurden die Behörden durch die Waffenstillstandsverhandlungen und das Ausbleiben der Weisungen von Oben total gelähmt und reagierten nicht mehr auf Massenaktionen. Seit dem 20.10.1918 kam es in Kiel wegen des **Krieg** Auslaufbefehls der Schiffs in die Hände zu Genossenschaftsvereinigungen und regelrechten Aufständen, in deren Verlauf die Matrosen städtische Kriegsgeschäfte übernahmen, ihre Offiziere verhafteten und zusammen mit den **KZler** weiterarbeitenden einen Arbeiter- und Soldaten-Rat (AUSR) bildeten. Da die Aufständischen eine militärische Isolierung in Kiel beführten, agitierten kleinere Truppen von Matrosen in den Hafenstädten und hatten so bis zum 6.11. außer Kiel noch Lübeck, Cuxhaven, Bremen, Bremerhaven, Hamburg und Wilhelmshaven in ihrer Hand. Kleinere Gruppen zogen danach in Upland. Die Behörden versuchten die Upländer zu verhaften, darauf organisierten die Matrosen spontan Aufstände und bildeten Arbeiter- und Soldatenräte. Auf diese Weise wurde Köln und Hannover eingenommen. Die Forderungen der Matrosen waren ebenfalls noch ziemlich unpolitisch:

- für Frieden ohne Annexionen und Kontributionen,
- für Demokratisierung, (beides Parolen der MSPD)
- für größere Freiheiten in Armeen und Betrieb,
- für Straffreiheit wegen der Meutereien

Berlin Parallel zur Matrosenbewegung tagte in Berlin der Kreis der revolutionären Obleute und erorg die Möglichkeit eines Generalstreiks mit anschließender Räteübernahme. Liebknecht, der in den **Krieg** akzeptiert worden war, drängte seit dem 2.11. täglich zum Ausschlag, da die Massen bereit wären und die Gefahr bestünde, daß die "Scheidemann" der "Bewegung" die Spitze abbrechen. Die revolutionären Obleute waren dagegen der Meinung, daß die Vorbereitungen und die Organisation noch nicht bis zur Massenlage gediehen seien, und überstimmten

Liebknecht stänig. Die Räteorganisationen und Spartakusbund trafen versuchten möglich auf das Stützzeichen aus Berlin, um ihrerseits den Generalstreik auszurufen. Die revolutionären Obleute konnten sich erst unter dem Eindruck der täglich wachsenden Matrosenrevolte und der Revolution in München am 6.11. zum Handeln entschließen. Aber da hatten die "Scheidemann" **Krieg** gehandelt:

Am 28. Oktober gab die Oberste Heeresleitung (OHL) die Nacht an den Prinz Max von Baden ab, nachdem der Krieg aussichtslos geworden war, und man einen heroischen Endkampf infolge der Massenstimmung nicht wagen konnte. Neben dem Waffenstillstandsangebot nach außen wurden zur Veranigung im Innern einige Befürhoren durchgeführt (Aufnahme der SPD ins Kabinett, Abschaffung des Wahlklassenwahlrechts in Preußen, parlamentarische Verantwortlichkeit der Minister)

Durch das Waffenstillstandsangebot und die unerwarteten Reformen war der staatliche Machtapparat verunsichert; gleichzeitig nahm aber der Druck von unten weiter zu.

Als klar war, daß der Massenbewegung kein Staatsapparat mehr entgegengesetzt werden konnte, daß **Krieg** und Polizei gänzlich demoralisiert waren, erkannte die MSPD daß ihr die Bewegung entglitt und sich die Revolution auch alleine durchzusetzen würde. Sie drängte daher auf die Abdankung des Kaisers und die kommissarische Ernennung Eberts zum Reichspräsidenten als kleinsten Ausdruck des Machtwechsels. Der herrschenden Klasse blieb nur das Nachgeben über, da nur noch die MSPD Ruhe und Ordnung zu garantieren schien. So konnte sich die MSPD an die Spitze der Bewegung setzen, am 9.11. die Republik auszurufen und dadurch schlagartig das sinkende Vertrauen der Massen zurückzugewinnen. Liebknecht kam mit der Proklamation der sozialistischen Politik einen halben Tag zu spät. Unter dem Druck der Massen wurde also die Revolution von Oben verordnet.

Offensichtlich war es den Linken also nicht gelungen:

1. den Massen die opportunistische, konterrevolutionäre Haltung der MSPD zu vermitteln,
2. einen für die Revolution notwendigen organisatorischen Rückhalt zu schaffen,
3. die Spontaneität und Unerschütterlichkeit der Massen richtig

- 16 -

einzuhalten und sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. (Das gilt nicht für den Spartakusbund, dessen Einfluß und Organisation aber für einen Alleingang zu schwach war.)

Fehler in der Organisation der Räte Diese **Krieg** wurden sofort praktisch sichtbar: Die Forderung nach Organisation in Ausräten wurde zwar überall befolgt, nur waren Durchführung und Ziele den Massen so unklar, daß:

1. Hohe SPD-Funktionäre, teils sogar Offiziere und Unternehmer in die Räteorgane gewählt wurden,
2. die Durchführung der Demokratisierung **Krieg** und Kontrolle der Staatsbürokratie, der Armeen und der Betriebe unklar blieb, sodaß sich die Räte gegenüber den gescheiterten Kräften der herrschenden Klasse in diesen Bereichen nicht durchsetzen konnten.

Zirkus-Busch Schon am 9.11. machte die MSPD der USPD ein Koalitionsangebot, um auch die linke Arbeiterbewegung zu integrieren. Allerdings lehnte sie die Forderungen der USPD (formuliert von Liebknecht) ab:

- die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle **Krieg** in die Hände der gewählten Vertrauensmänner der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten, und
- Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus dem Kabinett

In ihrer Ablehnung berief sich die SPD auf ihre "demokratischen Grundsätze" und verwarf den Gedanken an eine Diktatur des Proletariats. Statt dessen forderte sie die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung.

Am 10.11. tagte in Zirkus-Busch in Berlin die Versammlung aller Großberliner Ausräte, die nach den Vorstellungen der revolutionären Obleute eine neue Regierung wählen sollten. Allerdings hatte die MSPD durch vorherige Agitation unter den Soldaten die Mehrheit der Delegierten gewonnen. Dennoch geriet die MSPD-Führung bei der Regierungsbildung unter Zeitdruck, da sie nicht von einer Räteversammlung abhängig sein wollte, und stimmte in den Koalitionsverhandlungen einem Hinausschieben des Wahltermins zur Nationalversammlung und der Übernahme der politischen Macht durch die Ausräte zu. Trotz dieser sehr ungenauen Formulierungen nahm die MSPD das Koalitionsangebot an. Als die SPD auf der Zirkus-Busch-Versammlung die Einigung der beiden Parteien bekanntgab, werte der aus je drei Vertretern

Verständnis jeder Partei gebildet mit der Volksbeauftragten
schränkt als neue Regierung abgelehnt.
Der Rat der linken Oberteile und der Spartakisten, die SPD
beiderseits, Bildung auszuscheiden und nicht abgelehnt.
Anzuerkennen, daß es nur die SPD nicht, die wohl eines Voll-
zuges bei der Kontrolle der Regierung zu verhindern. Um
der Parole "als Bruchteil" konnte die allerdings dessen
politischen Bedeutung durchsetzen. Außerdem veränderte sie
jede besondere Lebensbedingung zwischen den Vollzügen
als Kontrollorgan und dem Rat der Volksbeauftragten als Ex-
ekutivorgan.

In ihrer weiteren Politik baute die MSPD systematisch ihre
einmal erlangten Machtpositionen weiter aus:

1. indem sie den Vollzügen durch rigorose Anwendung ihrer
Stimmen paralytisierte,
2. seine Kontrollbefugnisse aufgrund der fehlenden Kompetenz-
abgrenzung ganz und gar einschränkte,
3. die MSPD-Mitglieder im Rat der Volksbeauftragten durch
enge Zusammenarbeit mit der kaiserlichen Staatsbürokratie
und dem Heer, durch Informationsentzug, Betrügen mit
unwichtigen Aufgaben und durch Geschäftsordnungsmissen
vollkommen ausschaltete,
4. verminderte die MSPD den Versuch der Bildung einer roten
Garde durch die revolutionären Oberteile, indem sie die Ber-
liner Garnison mobilisierte, daß die Soldaten mit ~~xxxxx~~
Gewaltmaßnahmen gegen eine rote Garde drohten, da
dadurch ihre revolutionäre Zuverlässigkeit in Frage ge-
stellt würde.

Der erste Rätekongreß (16.-20.12.1918) zeigte welches Vertrau-
en bei den Massen die MSPD durch diese taktischen Züge
zurückgewinnen konnte. Zu diesem Kongreß erschienen etwa
450 Delegierte aus sämtlichen Ämtern des Reiches. Dabei
waren der MSPD etwa 500, d.h. 2/3 der Stimmen sicher.
Die MSPD erzielte die Überwiegende Mehrheit in der Frage der
sofortigen Ausrufung einer Nationalversammlung, wofür
den Räten die Ausrufung empfohlen werden sollte, und in der Frage
der Kompetenzabgrenzung zwischen dem Zentralrat (Kontrolle)
und dem Rat der Volksbeauftragten (Exekutive), die so ent-
schieden wurde, daß der Zentralrat das Recht auf "Ernennung,

Ausrufung und parlamentarische Überwachung" habe. Ein Veto-
recht bei wichtigen Gesetzesentwürfen wurde ihm ausdrücklich
nicht zugesprochen.

Folgerichtig wurden die opportunistischen Führer der MSPD
von der linken Mehrheit ihrer Partei gezwungen, sich nicht
an der Wahl zum Zentralrat zu beteiligen, da er keine prakti-
sche Kontrollfunktion habe und die Zusammensetzung des 1.
Rätekongresses auch eine Mehrheit der MSPD im Zentralrat
bedeute. Allerdings wurde durch ein Überlassen des Zentral-
rates die Stellung der MSPD-Mitglieder des Rates der Volks-
beauftragten gestärkt und die der MSPD-Mitglieder stark ge-
schwächt, sodaß diese logischerweise ihren Rücktritt hätte
erklären müssen, was das Ziel der Politik des Spartakusbun-
des war.

Trotzdem zeigte sich an zwei Beispielen, daß selbst die
MSPD-Delegierten tendenziell über die Vorstellungen der
MSPD-Regierung hinausgingen:

1. In der Frage der militärischen Kommandogewalt wurde gegen
die Vorbehalte der MSPD beschlossen, daß die Soldaten
ihre Führer selbst wählen sollten. Allerdings hat die
MSPD-Regierung den Militärbehörden sofort vertraulich
zugesagt, daß dieser Beschluß nicht zur Durchführung käme.
Tatsächlich hat sich der Rat der Volksbeauftragten ~~xxxx~~
darüber hinwegsetzen können, da er unkontrolliert war.
2. Außerdem faßte der 1. Rätekongreß den Beschluß, "daß die
Regierung mit der Sozialisierung aller hierzu reifen In-
dustrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu be-
ginnen xx habe". Die Durchführung der Sozialisierung wur-
de aber an eine Sozialisierungskommission überstellt, in
der die MSPD eine klare Mehrheit besaß. Die ohnehin schon
verzögerten Gesetzesentwürfe der Kommission hat der Rat der
Volksbeauftragten abgelehnt und die Arbeit der Kommission
nach Kräften sabotiert. Schon am 3.2.1919 sah sich die
Kommission wegen ihrer Erfolglosigkeit zum Rücktritt ge-
zwungen. Inzwischen war aber die Rätebewegung schon so
verschlagen, daß eine Sozialisierung nicht mehr durchge-
führt werden konnte.

Gründungsparagraf Am 30.12. konstituierte sich der Spartakusbund als eine neue
Partei, da von keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit dem

ausbau
MSPD

rote
kongreß

- 17 -

1. keine Einigung mit den Berliner Revolutionären Oberteilen
erzweilen konnte, die in der noch eine zweite linke
Fraktion innerhalb der SPD bildeten, praktisch aber mit
der MSPD zusammenhängen,
2. kein hierzu Vorkommis zu gewinnen. Klagen der Partei fand,
wo anarchistische und syndikalistische Gruppen stark waren.
Diese Gruppen konnten ungehindert gegen den Willen der Partei-
zentrale (Liebknecht, Luxemburg, u.a.) eine Revolutions-
kommission an den Wahlen zur Nationalversammlung durchsetzen.
(Der Beschluß erwies sich als falsch und wurde schon
1920 revidiert.)
3. keine genaue Bestimmung des "ernstlichen Partei - Massen
geliefert wurde, sodaß die Partei zwischen blinder Unter-
stützung spontaner Massenbewegungen (Januaraufstand)
und einer klaren Führung der Massen (russisches Vorbild)
hin und her schwankte.

Diese Unklarheiten in Strategie und Taktik der KPD haben sich
im Januaraufstand sofort gezeigt.

Als die MSPD nach dem Rücktritt der MSPD-Volksbeauftragten
auch den Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (MSPD) absetzten,
kam es zu einer Massenempörung in Berlin. Am 4.1. beschlossen
die revolutionären Oberteile und die Spartakuszentrale eine
Massendemonstration zum 5. Januar mit den Forderungen nach
Zurücknahme der Entlassung Eichhorns, Entwaffnung der gegen-
revolutionären Truppen und Bewaffnung des Proletariats. An
einen bewaffnen Aufstand dachte die Spartakuszentrale nicht,
da sie ihre Kräfte als zu schwach einschätzte. Die Demonstra-
tion am 5.1.1919 zeigte den Führern eine große Entschlossenheit
und Bereitschaft der Massen zu weitergehenden Maßnahmen,
sodaß ein provisorischer revolutionärer Ausschuß zum Sturz der
Regierung gebildet wurde. Zunächst besetzte der Ausschuß aber
nur einen Generalstreik. Danach bekam der Ausschuß die Rech-
tung, daß einige Gruppen bewaffneter Arbeiter spontan das
Gebäude des "Vorwärts" und andere Pressenhäuser besetzt hielten.
Dieser Schritt richtete der revolutionäre Ausschuß für militärisch
vorbereit, unter dem Oberbefehl des "Vorwärts" zu stehen,
sodaß es eine revolutionäre Frontlinie bilden konnte.

- 18 -

sondern tief zu einer weiteren Massendemonstration auf.
Schon am 6.1. erkannte man die unhaltbare Lage der Arbeiter
und leitete Verhandlungen mit der Regierung ein. Breite
Arbeitermassen unterstützten die Forderungen nach
Forderungen den Rücktritt des Rates der Volksbeauftragten,
eine politische Neubildung (MSPD, MSPD, KPD), Auswahl der
Ausschüsse und des Zentralrates. Der Rat der Volksbeauftragten
benützte diese Abwesenheit, um sich mit der Obersten Heeres-
leitung zu einigen in der Anstellung gegenrevolutionärer
Truppen. Am 12.1. erklärte die O.H. der Regierung, "weitere
Verhandlungen mit dem revolutionären Ausschuß wirken "ungünstig"
auf die Truppe, sodaß die Regierung die unannehmbaren Forde-
rungen nach sofortiger Räumung aller besetzten Gebäude und
Schließung der Arbeiter als die Voraussetzungen zu weiteren
Verhandlungen stellte. Nach dem Scheitern der Verhandlungen
wurde der Aufstand in einer Woche blutig niedergeworfen, wobei
K. Luxemburg und K. Liebknecht ermordet wurden.
An diesem Beispiel erweisen sich die Grenzen der Theorie der
Spontaneität der Massen, daß eine Avantgarde zwar die schweren
taktischen Fehler der Massen erkannte, sie aber nicht
korrigierte, da sie der Meinung war, daß die Massen nur aus
ihren eigenen Fehlern lernen könnten.

Der Versuch die von oben verfügte ~~xxxxxxx~~ bürgerliche
Revolution von Oktober 1918 (Machtwechsel an Max von Baden,
später an MSPD) in eine sozialistische Revolution von unten
zu überführen ist mit dem Januaraufstand gescheitert. Das
hatte verschiedene Gründe:

1. Vertrauen auf die Spontaneität der Massen, die die op-
portunistischen Führer in einem Bewußtseinsprozeß selbst-
ständig entfernen würden,
2. keine Möglichkeit zu aber auch bewußter: reicht auf eine
politische Organisation, die die Theorie und Praxis der
Arbeiter aufeinander abstimmen könnte;
3. Fehleinschätzung der politischen Machtübernahme durch
a) den Glauben an einer MSPD-Regierung sei die politische
Macht bereits gewonnen; daraus folgte die Erwartung weiterer
Schritte von Seiten der Regierung und eine Fixierung an
die MSPD oder

ANMERKUNG ZUM VERTRIEB

1. Bestellung: Der Bestellschein ist gedacht für Abos und nicht für Probeexemplare. Diejenigen, die ein Probeex. haben wollen, mögen eine Notiz "Probeex." dazuschreiben, sonst haben wir unnötige Schreibarbeit. Die Abonnenten werden in eine Kartei aufgenommen, und zwar doppelt, da wir mit RENA-Adressen arbeiten. Außerdem müssen wir diejenigen, die die Abos nicht bezahlen, wieder aus den Karteien aussortieren. Solche zusätzliche Arbeit könnte uns erspart bleiben, wenn man gleich kundgibt, ob ABO oder nur Probenummer.

2. Abbestellung, Bezahlung

Bis jetzt haben wir es so gehalten, daß wir Erinnerungen oder Mahnungen schreiben, ehe wir die Sendung nach 2 oder 3 nicht bezahlten Nummern einstellen. Diese Methode blieb relativ fruchtlos.

Bei der letzten Nummer stellten wir bei einigen Abonnenten die Sendung ein, was den Erfolg hatte, daß fast alle das ABO für das nächste halbe Jahr bezahlten.

Wir haben nun beschlossen, weder Mahnung noch sonst überflüssiges zu versenden, sondern stellen den Versand ein, wenn das Abo abgelaufen ist, warten maximal eine Nummer, 14 Tage.

Wir bitten alle Abonnenten, sich an diese Bedingungen zu halten, da wir sonst den Bürokratismus bei steigender Abonnentenzahl nicht bewältigen.

Noch eine einfache Rechenhilfe: 8.- reichen für 16 Nummern. Man zähle also von der ersten erhaltenen Nummer bis 14 und benachrichtige uns dann, ob wir weitersenden sollen oder nicht, kündige oder bezahle nur die nächsten Nummern rechtzeitig.

JUSTIZ

Gegen den APO-Anwalt und Polit-Chanson-Sänger Franz-Josef Degenhardt, Hamburg, hat Kriminalrat Wolfgang Schorm in Nürnberg, Vorsitzender des Arbeitskreises Polizei in der CSU, Strafanzeige wegen Verleumdung und Beleidigung erstattet. Die Anzeige bezieht sich auf Degenhardts letzte Platte mit dem Titel "Im Jahr der Schweine" und ein von Degenhardt in den Nürnberger Nachrichten gegebenes Interview in dem der Sänger erklärt hatte, mit der Bezeichnung "Schweine" seien nach allgemeinem, internationalem Underground-Sprachgebrauch auch die gummiknüppelschlagenden Polizisten gemeint.

RECHENHILFE
NIP 107



Beim SDS Aachen sind folgende Drucke zu haben, Adresse: SDS-Gruppe,
51 Aachen, Postf. 326

Modzelewski, Kuron	Off. Brief a.d. Vereinigte Poln. Arbeiterpartei	1.50
Rosa Luxemburg	Massenstreik, Partei und Gewerkschaften	1.-
" " "	Sozialreform oder Revolution	1.-
Gustav Ichheiser	Kritik des Erfolges	1.-
Oskar Negt	Marxismus als Legitimationswissenschaft	1.50
Karl Marx	Klassenkämpfe in Frankreich + Einleitung von Engels	2.50
Wilhelm Reich	Die Funktion des Orgasmus	4.50
U. Jacobsen	Chemische Kampfstoffe	1.50

Versand nur gegen Nachnahme - Mindestabnahme : 10 Stück pro Titel

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-Ökonomische Beiträge zur
-Kritik des Monopolkapitalismus
-Entwicklung der sozialistischen Bewegungen

SOPO 5 erscheint März 1970 u.a. mit
längeren Aufsätzen zur

- Konjunkturlage der BRD Anfang 1970
- Warenzirkulation und den Formen des Geldes
- Analyse der Septemberstreiks 1969
- Ökonomischen Entwicklung und revolutionären Strategie in Brasilien

SOPO 4 (Dezember 1969) enthält

- Kritik der Frankfurter Schule
- Technologie-Debatte
- Militar und Nationalismus in den arabischen Ländern
- DISKUSSION: Revisionismus Kritik / BRD-Imperialismus / Guerilla-Strategie / KP Kubas / Kleinfamilie

Gesamtindex der SOPO 1-4/69 liegt vor.
Zweitauflagen der Ausgaben 1-3 werden vorbereitet.

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK
1 Berlin 33, Ihnestr. 21

Einzelheft DM 3,-
Abo DM 12,-
ermäßigtes Abo DM 8,-
(Stud., Schüler, Lehrlinge
u.a.)
Lieferung erfolgt sofort nach
Eingang der Zahlung auf
PschK Bin West 6201c.



BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich APO-PRESS für ein
halbes Jahr. Den Betrag von DM 8.- über-
weise ich im voraus auf das Postscheck-
konto Hbg. M. Deter 22 9332

NAME

ANSCHRIFT

D A S A N D E R E K I N O

zeigt jeweils am Do / Fr / Sa jeder
Woche um 23.00 im Filmtheater Dammtor

"Underground" - Filme :

vom 12.3. - 14.3.

Rosa von Praunheim mit

"Schwestern der Revolution" u. anderen

Werner Schröter mit

"Neue Asien"

vom 19.3. - 21.3.

Vlado Kristl - Italienisches
Capriccio

100 Blatt Schreibblock

Arme Leute

Madeleine, madeleine

FILM COOP 2 HH-1, Rosenstr. 18

Tel. 33 01 85